



- Änderungsvorschläge involviert.
- Bordsteinabsenkungsprogramm  
Herr Krüger verweist auf die aktuell mit der Beirats-AG „Barrierefreier Verkehrsraum“ vereinbarten Maßnahmen für 2016  
Diese sollen z.B. im Bereich Ullstein-/Monopolstraße, Ullstein-/Colditzstraße und Ullstein-/Schätzelbergstraße noch im Jahre 2016 abgeschlossen werden.  
Der Auftrag zur barrierefreien Umgestaltung des Vorplatzes S-Bahn-Friedenau und der angrenzenden Straßen würde in 2016 ausgeschrieben. Hr. Krüger weist darüber hinaus auf weitere geplante Maßnahmen an mehreren Knotenpunkten u.a. in Mariendorf hin.

In der anschließenden **Diskussion** werden folgende Punkte angesprochen:

Rathaus Schöneberg: Fr. Schneider verweist auf die weiteren bereits vereinbarten Maßnahmen und erkundigt sich nach deren Sachstand: z.B. Einbau weiterer Automattüren, insbes. in der 1. Etage, Sanierung der vorhandenen Behinderten-WCs, barrierefreies Orientierungs- und Leitsystem.

Hr. Krüger spricht in seiner Antwort von bekannten „Forderungen“.

Die Einrichtung von weiteren Automattüren sei im Rahmen von Brandschutzmaßnahmen geplant. Eine Realisierung noch im Jahre 2016 sei allerdings fraglich. Dies sei abhängig vom Gesamt-Ablauf der Baumaßnahmen im Rathaus, deren Dauer auf drei Jahre veranschlagt sei. In diesem Rahmen werde die Türtechnik ertüchtigt und der behindertengerechte Umbau der vorhandenen WC-Anlagen realisiert. Die Anmerkung von Hrn. Seiler, dass die Automattüren nicht zu schnell schließen dürfen, beantwortet Herr Krüger dahingehend, dass davon auszugehen sei, dass die neueste Technik verwendet werde und damit wohl auch das langsame Schließen der Türen gewährleistet sei.

Im Hinblick auf die neuen barrierefreien Aufzugsanlagen im Rathaus Tempelhof antwortet Hr. Krüger auf Nachfrage, dass er davon ausgehe, dass diese mit einer akustischen Etagenansage ausgestattet würden.

Friedrich-Wilhelm-Platz: Fr. Schneider verweist auf die bereits von ihr mitgeteilten weiteren Probleme der barrierefreien Zugänglichkeit, die sich nicht nur in der westlichen Zuwegung befinden, auf die Herr Krüger Bezug genommen habe.

Sie habe sich an die BVG gewandt mit der Antwort, dass die barrierefreie Platz- und Zugangsgestaltung nicht Sache der BVG, sondern des Tiefbauamtes sei.

Z. Zt. sei die Zugänglichkeit für Rollstuhlbenutzer\_innen wie für blinde und sehbehinderte Menschen schlecht. Dies sei besonders problematisch, da sich im Umfeld Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung, auch für blinde Menschen, befinden.

Sie fragt Herrn Krüger nach dem Beginn der Planung und nach ihrer Einbindung in die Planungen. Hr. Krüger versichert, dass Fr. Schneider selbstverständlich eingebunden würde. Die Planungen würden in 2016 beginnen, mit der Realisierung der Maßnahme sei wahrscheinlich 2017 zu rechnen. Die zeitlichen Verschiebungen würden sich aus der Personalknappheit ergeben.

#### Breslauer Platz

Hr. Seiler erläutert nochmals den jetzt errichteten „Zwischenzustand“: Um das von der BVV geforderte Ziel einer Fußgängerzone, die vom Platz und der Lauterstr. – ohne Abtrennung durch Bordsteine - gebildet werden soll, wurden - bis zur erforderlichen Genehmigung der Umwidmung der Lauterstr. als Fußgängerbereich – die Bordsteinkanten bereits jetzt, bei Nutzung der Straße als Verkehrsstrasse, eingeebnet. Das bedeute, dass dieser Verkehrsbereich momentan für blinde und sehbehinderte Menschen, die auf eine eindeutige Abtrennung von Fahr- und Gehbahn durch Bordsteinkanten angewiesen sind, nicht barrierefrei und nicht verkehrssicher sei. Ob die taktile Abtrennung dieser beiden Bereiche dem genannten Personenkreis wirklich die notwendige Verkehrssicherheit bringe, sei abzuwarten.

Fr. Schneider ergänzt, dass der jetzige Zwischenzustand sich der Expertise von Hrn. Woltersdorf (ABSV) verdanke und als Kompromiss zu betrachten sei. Der ABSV begreife die derzeitige Situation als „Testfall“. Hr. Krüger bestätigt die gute Zusammenarbeit mit dem ABSV und speziell mit Hrn. Woltersdorf und sagt zu, dass die Funktionsfähigkeit der gegenwärtigen Lösung weiter beobachtet werden soll.

### Begegnungszone Maaßenstraße

Fr. Schneider merkt in Bezug auf die Einlassungen von Herrn Krüger an, dass einige der noch ausstehenden Maßnahmen im Bereich des Bezirksamtes lägen. Sie erinnert an die bereits für Ende November zugesagten, aber noch nicht vorliegenden Rückmeldungen zum jeweiligen aktuellen Sachstand. So sei u.a. die Prüfung des Beiratsvorschlages zur Installierung eines durchgehenden taktilen Trennstreifens zur Abtrennung der Außengastronomiebereiche zum Gehweg, zugesagt worden. Hr. Krüger merkt hierzu an, dass sich diese „Forderungen“ in der Diskussion befänden und er z.Zt. nichts über den gegenwärtigen Stand sagen könne.

### Barrierefreier Verkehrsraum/Bordsteinabsenkungsprogramm

Hr. Seiler merkt an, dass die im letzten und im davor liegenden Jahr zur Verfügung stehenden Mittel zur Bordsteinabsenkung nicht ausgeschöpft worden seien.

Hr. Krüger erläutert, dass nicht nur die Personalknappheit in seinem Bereich ein Problem (gewesen) sei, sondern auch der Abstimmungsbedarf mit anderen Stellen zu Fragen der allgemeinen Verkehrssicherheit (z.B. mit der Verkehrslenkung Berlin), die ihrerseits unter Personalmangel leiden. Es gebe keine hundertprozentigen Lösungen, und so könnten auch Lösungen zur Barrierefreiheit nicht immer voll bzw. ohne Verzögerungen realisiert werden. Hr. Seiler stellt heraus, dass auch Barrierefreiheit Teil der allgemeinen Verkehrssicherheit sei. Hr. Krüger stimmt dem zu.

Abschließend dankt Fr. Lutze für den Vortrag und kündigt die Beobachtung der weiteren Entwicklungen bzgl. Barrierefreiheit durch den Beirat an.

## **4. Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG's): AG Barrierefreier Verkehrsraum**

### Aktives Zentrum Bahnhofstr.

Fr. Schneider informiert, dass Ende Januar 2016 das Gebietsgremium Bahnhofstr. gewählt wird. Herr Seiler wird als Kandidat des Beirates aufgestellt, Herr Foster als sein Stellvertreter. Da diese Gremiumstätigkeit sehr zeitintensiv sein wird, werden die beiden Beiratsvertreter von der gesamten Beirats-AG barrierefreier Verkehrsraum beratend unterstützt werden.

### Digitaler Wegweiser Barrierefreiheit Tempelhof-Schöneberg

Im Rahmen dieses Kooperationsprojektes zwischen Bezirksamt und agens gGmbH wurden in den letzten Jahren Daten zur Barrierefreiheit überwiegend im öffentlichen Raum erfasst und aufbereitet für spezielle bezirkliche Planungen und Erfordernisse, z.B. für die Erstellung der jährlichen Prio-Liste. Zunehmend konnten auch andere Bereiche des Bezirksamtes hiervon profitieren. So erstellt agens für die Pressestelle aktualisierte Angaben zur Barrierefreiheit bezirklicher Gebäude, um diese Informationen dann in vereinheitlichter Form auf der Webseite des Bezirksamtes zu präsentieren. Für den Bereich Seniorenarbeit hat agens für den neuen Seniorenratgeber die Angaben zur Barrierefreiheit der im Heft genannten Veranstaltungsräumlichkeiten zusammengetragen. Im letzten Jahr konnten die Routen der von der Bezirksbürgermeisterin durchgeführten Kiezspaziergänge von agens auf Barrierefreiheit geprüft und bei Bedarf Alternativrouten erarbeitet werden.

Finanziert wurden diese Tätigkeiten durch Jobcenter-Maßnahmen. Diese laufen im Juni 2016 aus, neu beantragte Maßnahmen zur Fortsetzung dieser Tätigkeiten wurden – trotz Empfehlung von Seiten der Beauftragten für Menschen mit Behinderung – nicht bewilligt.

Die Weiterführung des Kooperationsprojektes mit seinen bekannten Aktivitäten ist darum ab Juli 2016 gefährdet.

## **5. Berichte aus den Gremien und BVV Ausschüssen**

### Kundenbeirat BVG (Hr. Foster)

entfällt

### Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Te-Schö: Untergruppe „Wohnen“, PSAG-Plenum (beides: Fr. Lutze)

Da die Gremien nicht getagt haben, entfällt der Bericht

## BVV-Ausschuss Soziales und Senioren; BVV-Ausschuss Gesundheit: Fr. Christian

Fr. Christian berichtet, dass der Ausschuß für Gesundheit im Dezember 2015 nicht getagt hat.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 17.12.2015 sei berichtet worden über die neue Schuldner- und Insolvenzberatung im Bezirk Tempelhof- Schöneberg (Germaniastraße 18-20, 12099 Berlin) sowie über Änderungen in den Ausführungsvorschriften „AV Wohnen“ zur Bestimmung der u.a. in der Sozialhilfe als angemessen anzusehenden Miethöhen mit folgendem Wortlaut:

„...Die Tabellenbeträge in den Ausführungsvorschriften „AV Wohnen“ zur Bestimmung der u.a. in der Sozialhilfe als angemessen anzusehenden Miethöhen wurden im November 2015 insbesondere wegen gesunkener Energiepreise modifiziert. Seither gelten in Berlin für einen Ein-Personen-Haushalt je nach Heizungsart und Gebäudegröße Gesamtmietbeträge incl. aller Nebenkosten in einer Spanne von rund 430 bis 460 Euro als angemessen. Für einen Zwei-Personen-Haushalt ist die Spanne bei etwa 520 bis 550 Euro.

Neu ist außerdem, dass diese Tabellenwerte bei erforderlicher Neuanmietung von Wohnraum nunmehr generell um bis zu 10% überschritten werden dürfen, bei der Neuanmietung von Wohnraum durch Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen sogar um bis zu 20%, wenn dadurch eine teurere Unterbringung z.B. in gewerblichen Einrichtungen (Pensionen, Hostels o.ä.) vermieden werden kann...“

Desweiteren verteilt Frau Christian als Vertreterin der Seniorenvertretung den Einladungsflyer zur 2. Senioren-Bezirksversammlung Tempelhof-Schöneberg am 21.04.2016, 14:00 bis 17:00 Uhr.

## BVV-Ausschuss Wirtschaft: Hr. Lund

Hr. Lund berichtet von der letzten Ausschuss-Sitzung, die bei einem Unternehmen im Gewerbegebiet Marienfelde (Herstellung von Profilen für Fenster etc.) stattgefunden hat.

## BVV-Ausschuss Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik: Fr. Lutze

Fr. Lutze berichtet von der letzten Sitzung des Ausschusses im Jugendmuseum Schöneberg am 12.11.2015 mit folgenden Themen:

- Vorstellung des Projekts "All Included". Museum und Schule gemeinsam für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt
- Beschluß des "Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts 2015" des Teams Quartiersmanagement Schöneberger Norden ohne Bezug zur Thematik der Barrierefreiheit.
- Rege Diskussion im Ausschuss über die von Fr. Lutze angesprochene Kritik des Beirates an den BVV-Fraktionen, wegen deren mangelnder Unterstützung der Forderung nach einer regulären bezirklichen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung im Gesundheitsamt.

## **6. Bericht des Vorstands**

entfällt

## **7. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung - Frau Schneider**

Fr. Schneider informiert, dass im Umfeld des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (05.05.2016) von ihr und mit Fr. Schöttler als Schirmherrin und in Kooperation mit dem „Runden Tisch: Inklusion Jetzt!“ für den 03.05.2016 ab 18:00 Uhr das „Legislative Theater“ zu einer Vorführung im Goldenen Saal des Rathauses Schöneberg gewonnen werden konnte. Dabei geht es in interaktiven Spielformen um einschlägige Szenen unter dem Motto „Barrieren abbauen“. Fr. Schneider bittet bis Mitte März 2016 um Fallbeispiele zur szenischen Umsetzung durch die Theatergruppe.

Im Anschluss werde zu einem Come together mit Buffet eingeladen.

Die offizielle Einladung werde demnächst veröffentlicht werden. Bezirksamtsmitglieder und die BVV würden gezielt eingeladen werden.

## Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung

Die Amtsleiterin des Gesundheitsamtes habe Frau Schneider darüber informiert, dass zum 1.1.2016 die bestehende Beratungsstelle für krebs-und aidskranke Menschen inhaltlich erweitert werde zur

„Beratungsstelle für behinderte Menschen, Krebskranke und Aids“.

Vorerst werde keine personelle Veränderung vorgenommen. Man wolle erst den tatsächlichen Beratungsbedarf abwarten, und dann falls erforderlich, ggf. personell nachsteuern.

Frau Schneider hat der Amtsleitung ihre Unterstützung bei der Ermittlung des Beratungsbedarfes zugesagt. Weiter habe sie dem Gesundheitsamt ihre Zusammenstellung der dokumentierten Beratungsfälle aus ihrer siebenjährigen Beratungstätigkeit zur Verfügung gestellt (ca. 100 dokumentierte Einzelfallberatungen und 200 bis 400 nicht schriftlich dokumentierte telefonische Kurz-Anfragen pro Jahr).

Die von Frau Schneider erarbeitete Zusammenstellung von externen Informations- und Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderung, sowie die Dokumentation der bei ihr erhältlichen Flyer, Broschüren etc. wurden ebenfalls dem Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt. Fr. Lutze hebt hervor, dass ihr wohlbekannt sei, welchen Aufwand Beratungsarbeit bedeute und äußert ihre Wertschätzung für Fr. Schneiders zeitaufwendige Erarbeitung dieser für die Mitarbeiter\_innen der bezirklichen Beratungsstelle wertvollen Auflistungen.

Frau Schneider berichtet weiter, dass sie das Gesundheitsamt darauf aufmerksam gemacht habe, dass im Web-Auftritt der neuen Beratungsstelle bislang nur der Titel geändert wurde, nicht aber der Fließtext und der eingestellte Flyer. Dort würden bislang noch ausschließlich Menschen mit Krebs- und Aidskrankungen explizit angesprochen, nicht aber Menschen mit Behinderung. Ebenso habe sie auf die Notwendigkeit der Überarbeitung der neuen Bezeichnung hingewiesen. Die momentane Bezeichnung „Beratungsstelle für behinderte Menschen, Krebskranke und Aids“ sei etwas unglücklich gewählt und entspreche nicht der zeitgemäßen Wortwahl. Der Beirat teilt ausdrücklich diese Einschätzung von Frau Schneider und votiert ebenfalls für eine zeitgemäße Änderung der Bezeichnung. Frau Schneider wird sich mit entsprechenden Vorschlägen an das Gesundheitsamt richten.

## **8. Verschiedenes**

entfällt